

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/3557/2014	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	14.10.2014	
	Eingang:	14.10.2014	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schutz von Schülern und Jugendlichen - Unterbindung von Bordellwerbung im öffentlichen Raum

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere zum Schutz von Schülern und Jugendlichen künftig Bordellwerbung im öffentlichen Raum der Stadt Marburg unterbunden wird.

Begründung:

In den letzten Monaten war mindestens zweimal zu beobachten, dass die Betreiber des Marburger Bordells flächendeckend mit großem logistischen Aufwand Werbung für ihr Bordell betrieben. Durch die Bewerbung von sog. Events wie Geburtstagsparties etc. soll gezielt eine weitere Niederschwelligkeit des Bordellzutritts hergestellt werden. Die dafür werbenden Plakate hängen jeweils wochenlang zielgerichtet an ganz zentralen Kreuzungen an Brückengeländern sowie an Bauzäunen. Dabei wird keinerlei Rücksicht auf die Tatsache genommen, dass sie damit auf dem Schulweg und im Sichtfeld Tausender Marburger Schülerinnen und Schüler hängen. Dies ist unerträglich und muss für die Zukunft unter Androhung und Vollstreckung ordnungsrechtlicher Maßnahmen abgestellt werden.

Henning Köster Tanja Bauder-Wöhr Halise Adsan Jan Schalauske